

/// Chaostage in Hamburg

LINKSEXTREMISTISCHE PROTESTE GEGEN DEN G20-GIPFEL

UDO BARON /// Die Treffen der führenden Wirtschaftsnationen und Schwellenländer (G20) stehen von Anfang an im Fokus einer global agierenden Protestbewegung. Maßgeblich darin eingebunden waren und sind auch Linksextremisten, insbesondere Autonome. Auch bei den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg gehörten sie zu den führenden Protagonisten der Gegenproteste. Der folgende Beitrag zeigt am Beispiel der Autonomen die linksextremistischen Einflussversuche auf die Proteste gegen den G20-Gipfel auf.

Die Gruppe der Zwanzig (G20)

Als Reaktion auf die Asienkrise im November 1997 beschlossen die Länder der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) auf ihrem Gipfel im kanadischen Vancouver auf Initiative des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton hin eine Gruppe der 22 (G22) ins Leben zu rufen. Im Jahr 1999 wurde diese Gruppe führender Wirtschaftsnationen und Schwellenländer kurzzeitig zur Gruppe der 33 (G33) erweitert, um dann im September des gleichen Jahres auf dem Treffen der G7-Finanzminister in die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) umgewandelt zu werden. Zur G20 gehören mit den USA, China, Deutschland,

Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Brasilien, Russland, Kanada, Indien, Australien, Mexiko, Südkorea, Indonesien, Argentinien, Saudi-Arabien, Südafrika und der Türkei 19 Staaten und die Europäische Union (EU).

An ihren jährlichen Treffen nehmen die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder, die Finanzminister und Zentralbankchefs der Gruppe der führenden Wirtschaftsmächte (G7), elf weitere Staaten, die EU-Präsidentschaft (wenn diese zu diesem Zeitpunkt nicht von einem G7-Staat geführt wird), der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Vorsitzende des Inter-

„Welcome to hell!“.
Der „Schwarze Block“ nahm
das Motto der Proteste wort-
wörtlich und tobte sich nicht
nur im Schanzenviertel aus.



G20 entstand Ende 1999 als Gruppe der **WICHTIGSTEN** Industrie- und Schwellenländer.

nationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC), der Präsident der Weltbank und der Vorsitzende des Development Committees der OECD teil.

Die in der G20 direkt oder indirekt vertretenen Staaten umfassen zwei Drittel der Weltbevölkerung, sie erwirtschaften mehr als 85 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bestreiten drei Viertel des Welthandels. Sie verstehen sich als ein informelles Forum zur Abstimmung über internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ging es vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 darum, das Weltfinanzsystem zu stärken und die Folgen für die Volkswirtschaften zu mildern, so steht heute vor allem die Verteidigung des freien Welthandels gegen nationale Abschottungen und die Vermeidung künftiger Krisen im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Hinzu kommt u. a. der Kampf gegen Steuerhinterziehung und den Klimawandel sowie die Entwicklung von Programmen zu Flucht und Migration. Aufgrund ihres informellen Charakters sind ihre Beschlüsse rechtlich nicht bindend.¹

Mobilisierungen gegen den G20-Gipfel von Hamburg

Von Anfang an stieß diese Form der Gipfeltreffen auf Kritik. Für ihre Gegner stehen die G20 für eine „Politik der Ban-

kenrettung durch den Steuerzahler, für eine Fortsetzung der Umverteilung nach oben und für eine reine Wachstumsorientierung“. Ihre „übergeordnete Aufgabe war und ist es, den neoliberalen Kapitalismus nach der sogenannten Finanzmarktkrise 2007/2008 zu stabilisieren. Die G20 sind dabei zu einer zentralen Institution geworden, die das Überleben einer Gesellschaftsformation sichern soll, die die Ursache für Millionen Flüchtlinge, für die Verarmung großer Teile der Weltbevölkerung, für Umweltzerstörung und Kriege ist.“² Kurz gesagt: Die G20 verkörpern für ihre Gegner eine vom Neoliberalismus, verstanden als Synonym für Kapitalismus, und Imperialismus dominierte Welt.

G20 ist ein Kooperations- und Konsultationsforum für Fragen des internationalen Finanzsystems und des globalen Krisenmanagements.

Der Protest gegen diese Form internationaler Tagungen geht auf die als „Battle of Seattle“ in die Geschichte eingegangenen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Globalisierungskritikern und Polizeikräften während der Ministerkonferenz der Wirtschafts- und Handelsminister der World Trade Organisation (WTO) in Seattle Ende 1999 zurück. Sie markierten den Beginn einer neuen globalisierungskritischen Bewegung. Einen traurigen Höhepunkt erreichten die seitdem regelmäßig auftretenden Proteste gegen entsprechende


Tagungen beim G8-Gipfeltreffen von Genua im Jahre 2001. Ein toter Demonstrant und mehr als 500 Verletzte führten dazu, dass von da an diese Art von politischen Gipfeln nicht mehr in Großstädten, sondern an abgelegenen und somit schwer zugänglichen Orten wie z. B. in den Rocky Mountains oder im Allgäu durchgeführt wurde.

Erstmals seit dem G8-Gipfel von Genua fand mit dem 12. Gipfeltreffen der G20 am 7./8. Juli 2017 ein entsprechendes Ereignis wieder in einer Großstadt statt. Die Entscheidung für die Hansestadt und ihre Messehallen als Austragungsort im linksalternativen Stadtteil St. Pauli stellten die Sicherheitsbehörden von Anfang an vor eine große Herausforderung, denn die linksextremistische Szene empfand die Wahl Hamburgs einerseits als Provokation, andererseits aber auch mit Blick auf die Mobilisierungsmöglichkeiten von Gegenprotesten als „Glücksfall“. Befinden sich doch die Messehallen nur einen „Steinwurf“ weit entfernt von den linksalternativen Ortsteilen Karolinen- und Schanzenviertel.

Gegen diesen Gipfel formierten sich umgehend verschiedene Protestbündnisse mit dem „No-G20-Bündnis“ an der Spitze. Ihre Protagonisten führten verschiedene Aktionskonferenzen, Workshops von Anti-Repressionsgruppen und ein Aktionstraining unter dem Motto „Skills 4 Action“ zur Vorbereitung auf den G20-Gipfel durch.

Dem „No-G20-Bündnis“ gehörten neben demokratischen Gruppierungen auch sich als postautonom verstehende Organisationen wie die Interventionistische Linke (IL) und das Bündnis „... ums Ganze“ (uG) an. Postautonome Zusammenschlüsse kennzeichnet eine undogmatische marxistisch-leninisti-

sche Ideologie mit den Zielen der klassenlosen Gesellschaft und Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel. Zugleich wollen Postautonome die linksextremistische Szene organisieren und bis ins demokratische Spektrum



Von Beginn an gab es **PROTESTE** gegen die Gipfeltreffen.

vernetzen, um so in einem langfristigen Prozess eine Massenbewegung zur Überwindung der vorherrschenden Verhältnisse zu formieren.

Mit einer Strategie der kleinen Schritte verfolgt vor allem die IL eine breit gefächerte Bündnispolitik, die bis in nichtextremistische Kreise reicht. So klingt sie sich in politische Kampagnen wie z. B. die Proteste gegen den Braunkohletagebau unter dem Motto „Ende Gelände“ ein. Sie versucht diese in ihrem Sinne zu lenken, um über die gezielte Zuspitzung aktueller und realpolitischer Themen möglichst viele Menschen einzubeziehen und zu radikalisieren. Gleiches gilt für das „No-G20-Bündnis“, mit dessen Hilfe die IL die Gesamtgestaltung der Gipfelproteste zu dominieren versuchte. Dabei bemüht sie sich um ein bürgerliches Erscheinungsbild. So verzichten ihre Protagonisten aus taktischen Gründen bei Demonstrationen auf szenetypische Kleidung ebenso wie auf die Anwendung von Gewalt. Kommt es der IL doch darauf an, eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen

Spektrum, den dogmatischen Linksextremisten und dem demokratischen Protest einzunehmen.³

Neben dem „No-G20-Bündnis“ riefen ein Hamburger Protestbündnis unter der Bezeichnung „G20 entern – Kapitalismus versenken!“ und das Hamburger Autonome Zentrum „Rote Flora“ zu eigenen, voneinander unabhängigen autonomen Protesten gegen das Gipfeltreffen auf. Beide agierten bewusst unabhängig vom „No-G20-Bündnis“, da sie sich nicht den Freiraum für Straßemilitanz durch die bündnisstrategischen Erwägungen der IL einschränken lassen wollten. Hinter „G20 entern!“ verbergen sich verschiedene antiimperialistisch ausgerichtete linksextremistische Gruppierungen wie z. B. der Rote Aufbau Hamburg (RAH). Der Hamburger Verfassungsschutz stuft den RAH als eine gewaltorientierte linksextremistische Gruppierung ein, weil er sich u. a. mit terroristischen Gruppierungen und deren politischen Ablegern in Indien, Peru und den kurdischen Autonomiegebieten solidarisierte.⁴ Das autonome Zentrum „Rote Flora“ repräsentiert weitgehend das autonome Spektrum Hamburgs. Es befindet sich in einem seit November 1989 besetzten Restgebäude des ehemaligen Flora-Theaters im Hamburger Schanzenviertel. Autonome Zentren wie die „Flora“ dienen der auto-

nomen Szene dabei als logistische Basis und Rückzugsraum für ihre Aktionen.

Darüber hinaus wurde auch im europäischen Ausland für die Proteste gegen den G20-Gipfel mobilisiert. Allein aufgrund der guten Kontakte deutscher Linksextremisten in das europäische Ausland stellten Linksextremisten aus Skandinavien, den Benelux-Staaten, Italien, Spanien und Griechenland ihre Teilnahme in Aussicht. Eine nicht unbe-

Proteste gegen den G20-Gipfel von Hamburg wurden maßgeblich von LINKSEXTREMISTEN organisiert.

deutende Funktion nahm bei der Protestplanung und späteren Durchführung gegen den G20-Gipfel auch diesmal wieder die Partei Die Linke ein. Wie schon bei den Protesten gegen die Neueröffnung der EZB in Frankfurt am Main Mitte März 2015 und beim G7-Gipfeltreffen im bayerischen Elmau im Juni 2015 standen einzelne Mitglieder als Anmelder der Großdemonstration vom 8. Juli zur Verfügung und fungierten zum wiederholten Mal als Scharnier zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem Protest. Das verdeutlicht im Nachhinein auch ein Artikel des Vorstandsmitgliedes der Partei Die Linke, Florian Wilde, in der linksextremistischen Tageszeitung „Junge Welt“. Rückblickend verklärt er darin die Gipfelproteste als „eine ganz wunderbare Woche“. Sofort hatte er auch schon die „Hauptverantwortlichen für

Das Spektrum des WIDERSTANDS reicht von demokratischen Gruppierungen bis hin zu gewaltorientierten Autonomen.

die Eskalation“ ausfindig gemacht: „Senat und Polizei.“⁵

Der Protest gegen den G20-Gipfel von Hamburg

Den Protest gegen den G20-Gipfel eröffnete entgegen den Absprachen mit dem „No-G20-Bündnis“ eine, in erster Linie von demokratischen Kräften getragene Demonstration am 2. Juli 2017 unter dem Motto „Gipfel für Globale Solidarität“. Sie sollte vor allem Familien und Kindern eine Teilnahme ermöglichen und wurde von einer Bootsdemonstration auf der Außen- und Innenalster mit mehr als 100 Schiffen begleitet. Es folgte vom 5. auf den 6. Juli ein Alternativgipfel, der insbesondere Diskussionsmöglichkeiten rund um das Thema Globalisierung bot. Zudem fand am Abend des 5. Juli eine Nachttanzdemonstration unter dem Motto „Lieber tanz ich als G20“ statt.

Die „heiße“ Phase des Protestes läutete schließlich die vom „Roten Flora“-Spektrum angemeldete Demonstration „Welcome to Hell“ am Nachmittag des 6. Juli ein. Mit dem selbsterklärenden Motto dieser Demonstration gaben die Veranstalter auch schon deren Stoßrichtung vor. Unverkennbar ging es Teilen der etwa 12.000 Teilnehmer vor allem um die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei als Repräsentant des verhassten Systems. Bereits nach der Auftaktkundgebung am Fischmarkt in St. Pauli eskalierte die Lage, als sich der Aufzug gegen 19.00 Uhr in Bewegung setzte und sich etwa 1.000 Teilnehmer plötzlich vermummten und einen „Schwarzen Block“ bildeten. Versuche der Polizei, dies zu unterbinden, mündeten in die ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen der Gipfelproteste. Polizisten wurden mit Holzlatten, Eisen-

stangen und Flaschen attackiert und mit Steinen beworfen. Nachdem der Veranstalter kurz nach 20.00 Uhr die Demonstration für beendet erklärte, zogen die Teilnehmer des „Schwarzen Blocks“ in Kleingruppen marodierend durch die Hamburger Stadtteile St. Pauli und Altona. Sie errichteten Barrikaden, plünderten und zerstörten im Laufe der Nacht Geschäfte und steckten Autos in Brand. Piloten eines Polizeihubschraubers wurden während ihres Einsatzes mit einem Laser geblendet. Zugleich war mit den nächtlichen Krawallen der Übergang zum „Tag des Ungehorsams“, dem maßgeblich von der IL und dem uG vorbereiteten, zentralen Tag für die Durchführung von Blockaden und Aktionen zu Beginn des Gipfeltreffens, bereitet.

Wie schon bei den gewaltsamen Protesten gegen die Eröffnung der EZB begannen die gewalttätigen Aktionen auch am 7. Juli wieder in den frühen Morgen-

Unter dem Motto
„Welcome to Hell“ begannen die
GEWALTÄTIGEN Proteste.

stunden mit der Bildung von Aktionsgruppen, sogenannter Finger, die dann entsprechend der Fünf-Finger-Taktik⁶ Aktionen und Blockaden durchführten. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst der Versuch des uG, Teile des Hamburger Hafens zu blockieren, um die Lieferwege zu verzögern. Im gesamten Innenstadtbereich versuchten Gipfelgegner

die Protokollstrecke der Gipfelteilnehmer zu blockieren, wobei es immer wieder zu Angriffen auf die Polizei kam. So wurde die Station der Bundespolizei in Altona und das dortige Rathaus von Autonomen mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen. Zugleich nutzten Autonome die Situation, um im weitgehend polizeifreien Altona mehr als 30 Autos an der Elbchaussee in Brand zu setzen und eine Filiale des schwedischen Möbelherstellers Ikea zu attackieren.

Gegen 15.00 Uhr setzte dann die zweite Welle der Blockadeversuche mit mehreren tausend Teilnehmern ein, mit dem Ziel, die Elbphilharmonie, in der am Abend für die Staatsgäste ein Konzert stattfand, zu blockieren. In deren Verlauf kam es zu stundenlangen Straßenschlachten zwischen Autonomen und der Polizei im Umfeld der Landungsbrücken. Nach einer Kundgebung des Bündnisses „G20-entern!“ ging der Abend schließlich in schwerste Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und dem autonomen Spektrum über. Eine Welle der Zerstörung brach über das Schanzenviertel herein, in deren Zuge Geschäfte geplündert, Autos angezündet und Anwohner durch Marodeure bedroht wurden. Als die Polizei anrückte, standen nach deren Angaben auf den Dächern Autonome, um die Polizisten mit Molotowcocktails, Metallkugeln, Eisenstangen und Gehwegplatten zu attackieren. Erst einem zur Hilfe geholten Sondereinsatzkommando (SEK) gelang es, der Lage Herr zu werden.⁷

Auf die lange Nacht der Gewalt folgte am Samstag die von der Partei Die Linke angemeldete internationale Großdemonstration des „No-G20-Bündnis“ unter dem Motto „G20 – not welcome“. An ihr nahmen auch Anhänger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK

und türkische linksextremistische Gruppierungen teil. Entgegen den vorherigen Erwartungen, die von mehr als 100.000 Teilnehmern ausgingen, kamen nach Angaben des Veranstalters nur 76.000 Personen, nach Polizeiangaben sogar nur 50.000. Zwischenzeitlich griffen verummte Teilnehmer des „Internationalistischen Blocks“ Polizeibeamte mit Fahnenstangen und anderen Gegenständen an. Auch in den Abend- und Nachtstunden kam es abermals zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Übergriffen auf die Polizei.

Den Abschluss der Gipfelproteste bildete am 9. Juli eine, aufgrund der starken Polizeipräsenz ohne besondere Vorkommnisse verlaufene Demonstration des „Bündnisses gegen Repression“ unter dem Motto „Nobody forgotten, Nothing forgiven“ mit etwa 1.000 Teilnehmern an der Gefangenenanstalt (GeSa), einer für die vorübergehende Ingewahrsamnahme während des G20-Gipfels umgebauten Lebensmittel-Großmarkthalle in Hamburg-Harburg.

Die G20-Proteste und die Rolle der Gewalt

709 verletzte Polizisten, diverse ausgebrannte Autos, mehr als 100 angegriffene und z. T. geplünderte Geschäfte – das ist bisher die Bilanz der Auseinandersetzungen um den G20-Gipfel.⁸ Zahlrei-

Der G20-Gipfel wurde von **GEWALT**EXZESSEN unbekanntem Ausmaßes überrollt.

che Anwohner, darunter Kleinverdiener, Familien und Arbeitslose, verloren ihr Auto, diverse klein- und mittelständische Unternehmer ihre Geschäfte und somit ihre Existenz. Vor allem militante Kleingruppen scheinen sich an keinen Aktionskonsens gehalten zu haben und sind wahllos marodierend durch Hamburg gezogen. Nur dem Zufall war es geschuldet, dass es keine Todesopfer gab. Dass Teile der autonomen Szene den Tod von Polizisten zumindest einkalkulierten, zeigt vor allem ihr Vorgehen im Schanzenviertel. Die linksextremistische Gewaltorgie ließ zudem den friedlichen Protest nahezu vollständig in den Hintergrund treten.

Bereits die Mobilisierungsphase für die Gipfelproteste wurde durch eine militante Kampagne begleitet, in deren Verlauf es bis zum Gipfelbeginn zu 142 Resonanzstraftaten vor allem in Berlin und Hamburg kam. So setzten unbekannte Täter in der Nacht vom 26. auf den 27. März 2017 auf dem umzäunten Gelände einer Polizeiwache in Hamburg-Eimsbüttel acht Einsatzfahrzeuge der Polizei in Brand. In einem Selbstbeziehungsschreiben mit dem Titel „Ganz Hamburg hasst die Polizei/Die ganze Welt hasst die Polizei“ bekannten sich die Autoren unter der Bezeichnung „Smash G20“ zu der Tat.⁹ Am 19. Juni verübten in den frühen Morgenstunden unbekannte Täter bundesweit insgesamt 14 Brandanschläge auf das Schienennetz der Deutschen Bahn-AG. Die Täter setzten Kabelschächte auf Bahnstrecken in Berlin, Bremen, Hamburg, Leipzig, Dortmund, Köln und im niedersächsischen Bad Bevensen in Brand. In einem am selben Tag auf dem linksextremistischen Portal „linksunten.indymedia.org“ veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben bekennen sich an-

onyme Verfasser zu den Taten. Unter dem Titel „Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg“ werden die Taten in Zusammenhang zu dem G20-Gipfel gesetzt.¹⁰ In Folge der Brandanschläge kam es zu erheblichen Beeinträchtigungen des Schienenverkehrs auf den betroffenen Bahnstrecken.

Unübersehbar spielte Gewalt vor und während der Gipfelproteste eine zentrale Rolle. Dieses ist auch nicht verwunderlich, denn Autonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht alle von ihnen selber Gewalt ausüben, so befürworten sie dennoch deren Einsatz. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert. Die autonome Gewaltbereitschaft ist dabei durchaus auch als politisch zu verstehen, denn sie basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und seine Repräsentanten sowie die sie nach autonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen. Um diese zu bekämpfen, halten Autonome alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim und notwendig. Vor allem gegenüber Polizisten und Rechtsextremisten ist kaum mehr eine Hemmschwelle zur Gewaltanwendung vorhanden. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomen als „Geburthelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden.¹¹

Sicherlich waren Abenteuerlust und (männliches) Imponiergehabe keine unwesentlichen Motivationsfaktoren für

die exzessive Gewalt von Hamburg. Behauptungen, es handele sich bei den Gewalttätern nur um Event-orientierte Jugendliche ohne politischen Hintergrund, widersprechen die Autonomen selber. So heißt es in einer ihrer Stellungnahmen zu den Gipfelprotesten: „Und natürlich sind Plünderungen sowohl ein Mittel autonomer Politik als auch ein legitimer Ausdruck sozialen Aufbegehrens [...] nothing is more political than creating such a space like this.“¹² In einem anderen Beitrag betonen sie: „Die Plünderung eines Ladens ist der kollektive Bruch mit dem Recht auf Eigentum. Kein Steinwurf auf die Polizei war jemals unpolitisch.“¹³

Als Vorbilder für die gewaltsamen Proteste von Hamburg dienten vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen vom Dezember 2013 in Hamburg, als das Gerücht verbreitet wurde, die Räumung

Vorbereitungen der Proteste und blockierten an den Gipfeltagen die Zufahrtswege zu den Gipfelorten und banden so die Polizeikräfte. Dadurch schufen sie den Raum für autonome Gewalttaten in den Teilen von Hamburg, die von der Polizei aus Personalmangel kaum mehr zu schützen waren.

Auch im Nachhinein haben sich die IL und das uG weder von den Gewalttaten distanziert noch die daran beteiligten Gruppierungen verurteilt. So heißt es bei der IL zwar mit Blick auf die gewalttätigen Aktionen: „Es waren nicht unsere Aktionen.“ Zugleich betont sie: „Aber wir können und wollen die Feuer der Freitagnacht nicht aus dem Ausnahmezustand lösen, in dem sie stattfanden. Wenn die Polizei über Tage hinweg Menschen drangsaliert, schlägt und verletzt, sich wie eine Besatzungsarmee aufführt, die von Deeskalation noch nie etwas gehört zu haben scheint, dann bleibt irgendwann die spontane Antwort nicht aus. Wir haben schon vorher gesagt, dass wir uns nicht distanzieren werden und dass wir nicht vergessen werden, auf welcher Seite wir stehen.“ Darüber hinaus heroisiert sie in pathetischen Worten die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu einer Art „Frontenerlebnis“: „Wir wurden angegriffen, gestoppt und geschlagen. Doch wir standen wieder auf, sammelten uns neu und machten weiter.“¹⁴

AUTONOME definieren ihren Gewalteinsatz als politisches Mittel.

der „Roten Flora“ stünde unmittelbar bevor, und die Krawalle während der EZB-Eröffnung vom März 2015. Auch diesmal spielten die postautonomen Bündnisse bei Planung und Choreografie der Proteste wieder eine zentrale Rolle. Vor allem die IL hatte auf eine Spektren übergreifende Mobilisierung gesetzt und sowohl extremistische als auch demokratische Organisationen gezielt in die Mobilisierung integriert. Vor allem die Postautonomen prägten die

Ausblick

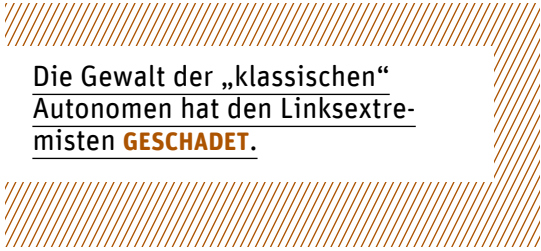
Der G20-Gipfel von Hamburg hat die von den Sicherheitsbehörden zuvor aufgestellten Prognosen über das Auftreten gewaltbereiter Linksextremisten in erschreckender Art und Weise bestätigt. Die Gewaltintensität übertraf alle Befürchtungen und stellt eine neue Dimension linksextremistischer Gewalt dar.

Dabei war es absehbar, dass es zu einer Eskalation kommen würde. Nachdem der G7-Gipfel von Elmau aus Sicht der linksextremistischen Szene ein Flop war, konnte sie in Hamburg nun endlich wieder beweisen, zu was sie fähig ist. Im Gegensatz zu Elmau befand sie sich in der Hansestadt in einem ihr vertrauten Umfeld. Als urbane Szene verfügte sie dort nicht nur über die für sie notwendige Infrastruktur, um sich vollständig entfalten zu können, sondern auch über den erforderlichen Agitations- und Rückzugsraum, ohne den sie kaum handlungsfähig ist. Zudem konnte sie sich seit mehr als einem Jahr generalstabsmäßig auf dieses Gipfeltreffen vorbereiten. Diese für sie „idealen“ Bedingungen ermöglichten es ihr, militante und klandestine Aktionen in einem ganz anderen quantitativen und qualitativen Ausmaß zu planen und durchzuführen als zuvor.

Ob die gewalttätigen Proteste eine Niederlage für die postautonomen Bündnisse IL und uG in der Auseinandersetzung mit den „klassischen“ Autonomen bedeuten, bedarf noch der weiteren Klärung. Zwar wertete die IL die durchgeführten Aktionen als Erfolg. Dennoch kann sie nicht leugnen, dass die inhaltliche Kritik an dem Gipfeltreffen ebenso wie weitgehend friedlich verlaufende Proteste unter postautonomer Regie wie die Hafen- und Innenstadtblockade durch die exzessive autonome Gewalt in der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung nahezu vollständig überdeckt wurden. Die autonome Gewalt von Hamburg dürfte daher eher nicht im Sinne der auf die Vermitelbarkeit ihrer Taten bedachten postautonomen Gruppierungen gewesen sein. Vor allem die IL muss nun damit rechnen, dass das bürgerliche Verständnis

für „linke“ Themen dadurch verloren gehen könnte. Ihr Ansatz, durch den taktischen Verzicht auf autonomen Habitus und Gewalt den Brückenschlag ins demokratische Spektrum zu schaffen, dürfte dadurch, zumindest vorerst, einen Rückschlag erlitten haben.

Zumindest vorerst scheint der „klassische“ Autonome in der innerautonomen Auseinandersetzung im Vorteil zu sein. Er – und nicht die IL oder das uG – bestimmte die Gewaltintensität und



**Die Gewalt der „klassischen“
Autonomen hat den Linksextremisten **GESCHADET**.**

dominierte dadurch die öffentlichen und veröffentlichten Bilder. Vor allem sich als Insurrektionalisten verstehende Autonome setzten weiterhin auf eine „Propaganda der Tat“. Dieser aus anarcho-kommunistischen und individualanarchistischen Elementen bestehende „aufständische Anarchismus“ steht für Klassenkampf, kompromisslose Opposition und permanente Attacken auf den sozialen und politischen Gegner. Insbesondere die Auseinandersetzung zwischen den Postautonomen einerseits und den Autonomen insurrektionalistischer Ausprägung andererseits wird die Diskussion innerhalb des autonomen Spektrums um deren künftige Ausrichtung weiter befeuern. Die IL hat bereits angekündigt: „Über das politische Konzept des Insurrektionalismus wird kritisch zu reden sein.“¹⁵

Für die Sicherheitsbehörden gilt es, die Entwicklung der autonomen Szene aufmerksam zu beobachten und zu analysieren, um präventiv und repressiv auf sie reagieren zu können. Vor allem die Rolle ausländischer Linksextremisten bedarf noch der näheren Aufklärung. Wie schon bei den Protesten gegen die EZB-Eröffnung spielten auch diesmal wieder vor allem Skandinavier und Italiener eine nicht unbedeutende Rolle. Generell muss das linksextremistische Spektrum weiter aufgeklärt und versucht werden, dass Sympathisanten-Umfeld vom gewaltbereiten Kern zu trennen. Der harte Kern der Szene, insbesondere an Brennpunkten, sollte bereits im Wege der polizeilichen Gefahrenabwehr in seinem Aktionsradius gezielt eingeschränkt werden.

Gefordert sind aber auch Politik und Gesellschaft. Sie müssen mit einem klaren Handlungskonzept der linksextremistischen Gewalt entgegenreten. Gewalt, von wem auch immer sie ausgeht, muss politisch und gesellschaftlich geächtet werden. Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden. Das gilt insbesondere für autonome Zentren wie die „Rote Flora“, die teilweise schon seit Jahrzehnten existieren. Zu sprechen sein wird auch noch über die Sinnhaftigkeit, Veranstaltungen wie den G20-Gipfel in Metropolen stattfinden zu lassen, erst recht in solchen mit einer ausgeprägten linksalternativen Klientel.

**Der harte Kern der Szene muss
ISOLIERT werden.**

Um dem gewaltbereiten Linksextremismus künftig Herr werden zu können, bedarf es eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes, in dem Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung miteinander verzahnt werden. In diesem Punkt sollte Einigkeit zwischen allen demokratischen Parteien herrschen. ///



/// DR. UDO BARON

ist Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Bereich Linksextremismus, Hannover.

Anmerkungen

- ¹ Bundesministerium der Finanzen: Gruppe der Zwanzig (G20), http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/The men/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Informelle_Gremien_der_Zusammenarbeit/G20-7292.html, Stand: 30.6.2017.
- ² Wilde, Florian: Neoliberale Agenda entlarven, in: Junge Welt, 8./9. April 2017, S. 3.
- ³ Baron, Udo: Vom Autonomen zum Postautonomen - Wohin steuert die autonome Bewegung?, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II), hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl / Rheinland 2016, S. 73 f.
- ⁴ Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Inneres und Sport Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2016, Hamburg 2017, S. 103 f.
- ⁵ Wilde, Florian: Großer Erfolg. Anmerkungen zu den Protesten gegen den G20-Gipfel, in: Junge Welt, 21.7.2017, S. 12 f.
- ⁶ Die Fünf-Finger-Taktik beschreibt eine Vorgehensweise größerer Menschengruppen zum Umgehen von Polizeiabsperungen. Bei der Fünf-Finger-Taktik setzt sich der zunächst geschlossene Demonstrationszug aus mehreren Blöcken zusammen, deren Teilnehmer sich einer bestimmten Farbe oder Symbolik zuordnen. Beim Zusammentreffen mit einer Polizeiabsperung teilt sich der Zug in eine erforderliche Anzahl an Blöcken in verschiedene Richtungen auf, um die Absperung

umfließen und sich dahinter wieder sammeln zu können. Der Name Fünf-Finger-Taktik entstand, da es sich meist um fünf Blöcke handelt, die sich in verschiedene Richtungen auffächern wie fünf sich spreizende Finger. Die einzelnen Blöcke bestehen wiederum aus sogenannten Bezugsgruppen, was ein weiteres systematisches Zerstreuen in einzelne Gruppen ermöglicht. Umgesetzt wurde dieses Prinzip bisher vor allem in schwer absperren- und kontrollierbaren Flur- und Waldgebieten.

⁷ Pergande, Frank: Die bittere Erfahrung des Schanzenviertels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.2017, S. 3.

⁸ Ebd.

⁹ Smash G20: Ganz Hamburg hasst die Polizei / Die ganze Welt hasst die Polizei, in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/207876>, Stand: 21.7.2017.

¹⁰ Shutdown G20: Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg, in: <https://linksunten.indymedia.org/en/node/215853>, Stand: 1.6.2017.

¹¹ Baron, Udo: Pippi Langstrumpf oder: Was ist ein Autonomer?, in: Deutschland Archiv Nr. 1/2012, S. 60-68.

¹² voices from hamburg, G20: Anna & Artur haltens Maul - die Flora redet (sich um Kopf und Kragen), in: <https://linksunten.indymedia.org/it/node/217950>, Stand: 17.7.2017.

¹³ Autonome Antifa Freiburg: Hamburg brennt für unsere Herzen, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/219183>, Stand: 24.7.2017.

¹⁴ IL: Die rebellische Hoffnung von Hamburg, <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>, Stand: 19.7.2017.

¹⁵ Ebd.